

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und
Wirtschaftsförderung
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 17.03.2026

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung ein.

am Dienstag, 24.03.2026

um 17:15 Uhr

im Haus 6, Raum 227, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung
- 2 Abstimmung zur Tagesordnung
- 3 Protokollkontrolle
- 4 Bericht des BA
- 5 Konzept Queer-Beauftragte
- 6 Offene Drucksachen
- 7 Überwiesene Drucksachen
 - 7.1 Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee - Drucksache: IX-1222
 - 7.2 Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen - Drucksache: IX-1304
 - 7.3 Keine Verschlimmbesserungen im Integrationsbüro- Drucksache: IX-1310
- 8 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hannah-Caroline Wettig
Ausschussvorsitz



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1222**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

Betreff: Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

für die Berliner Allee in Weißensee, im Bereich zwischen Lehderstr./Gürtelstr. und Lindenallee ein Geschäftsstraßenmanagement (GSM) zu etablieren. Die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. sind als engagierte Fachöffentlichkeit in den Prozess mit einzubinden.

Mit dem GSM sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Aktivierung, Vernetzung und Unterstützung lokaler Akteure
- Aufbau und Institutionalisierung der lokalen Standortgemeinschaft
- Förderung eines ausgewogenen Nutzungs- und Branchenmixes
- Gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Belebung, Profilierung und Imageverbesserung
- Aufbau eines aktiven Leerstandmanagements
- Kommunikation von Baumaßnahmen bei den Gewerbetreibenden

Darüber hinaus soll das GSM ein Handlungskonzept mit Maßnahmen für die Aufwertung der öffentlichen Räume mit mehr Aufenthaltsqualität, innovativer Grünausstattung und zur intelligenten Steuerung des Lieferverkehrs erarbeiten.

Dem Bezirksamt wird zudem empfohlen:

- mit Nachdruck von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), die vom Berliner Abgeordnetenhaus mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-26 verbindlich beschlossene Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Allee einzufordern,
- im Rat der Bürgermeister gegenüber dem Senat von Berlin eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines Gewerbemietpreisspiegels und die Verbesserung eines angemessenen Kündigungsschutzes anzuregen.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
Mike Szida, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Berliner Allee ist eine traditionelle Geschäftsstraße die durch eine hervorragende stadträumliche Lage sowie eine sehr gute Nahversorgung gekennzeichnet ist, aber in den zurückliegenden Jahren einen spürbaren Funktions- und Imageverlust erlitten hat. Auch wenn der Einzelhandel, nicht zuletzt durch die Zunahme des Onlinehandels, im Umbruch ist, sind Einkaufsstraßen und -zentren wie die Berliner Allee weiterhin nicht nur für die Versorgung vor Ort wichtig, sie haben auch eine bedeutende Funktion für Begegnungen und den sozialen Austausch in den jeweiligen Kiezen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll daher die Berliner Allee ihren funktionalen und identitätsstiftenden Kern des Ortsteils Weißensee wieder zurückgewinnen.

Mithilfe des GSM soll gemeinsam mit den lokalen Akteuren vor Ort die Berliner Allee wieder zu einem attraktiven Zentrum entwickelt werden, indem der Einzelhandel qualifiziert und gestärkt, die Angebotsvielfalt erweitert und die Netzwerkstrukturen der Akteure gefördert werden. Große Bedeutung kommt hierbei der Wiederbelebung der früheren Initiative IG Weißensee und einer detaillierten Evaluation zu Rahmenbedingungen und Verbesserungsbedarfe bei den Gewerbetreibenden zu. Hierbei können die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Als weitere Anker-Akteure neben den Gewerbetreibenden sollten der Betreiber des Marktes am Antonplatz sowie das Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel mit eingebunden werden.

Ein weiterer, wichtiger Aspekt sind die Beeinträchtigungen durch den motorisierten Verkehr beziehungsweise die gesamte Verkehrsinfrastruktur der Berliner Allee. Dieser seit Jahren bekannte Missstand muss jetzt nach Jahren des Nichthandelns nunmehr endlich mit einer entsprechenden Machbarkeitsstudie und den hieraus abzuleitenden Maßnahmen angegangen werden. Der Querschnitt der Berliner Allee bietet durchaus ein räumliches Gerüst, dass es trotz der bestehenden Schadstoff- und Lärmemissionen erlaubt, sowohl die Verkehrsmengen einer Zubringerstraße zu bewältigen und gleichzeitig Raum für den ÖPNV, sichere Radverkehrsanlagen sowie Aufenthaltsqualitäten für Fußgänger zu schaffen.

Um die Berliner Allee als identitätsstiftenden Aufenthaltsbereich und Treffpunkt für den wachsenden Ortsteil Weißensee wieder zu etablieren, muss sie städtebaulich und stadtgestalterisch aufgewertet werden. Die Berliner Allee als lineare Zentrum entlang der Verkehrsachse soll hierbei durch eine entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes besser lesbar sein und attraktive Aufenthaltsbereiche bieten. Insbesondere der Antonplatz ist hierfür mit Begrünung, Straßenmöblierung, Sondernutzungen, Kunst und Beleuchtung aufzuwerten.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

Betreff: Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

für die Berliner Allee in Weißensee, im Bereich zwischen Lehderstr./Gürtelstr. und Lindenallee ein Geschäftsstraßenmanagement (GSM) zu etablieren. Die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. sind als engagierte Fachöffentlichkeit in den Prozess mit einzubinden.

Mit dem GSM sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Aktivierung, Vernetzung und Unterstützung lokaler Akteure
- Aufbau und Institutionalisierung der lokalen Standortgemeinschaft
- Förderung eines ausgewogenen Nutzungs- und Branchenmixes
- Gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Belebung, Profilierung und Imageverbesserung
- Aufbau eines aktiven Leerstandmanagements
- Kommunikation von Baumaßnahmen bei den Gewerbetreibenden

Darüber hinaus soll das GSM ein Handlungskonzept mit Maßnahmen für die Aufwertung der öffentlichen Räume mit mehr Aufenthaltsqualität, innovativer Grünausstattung und zur intelligenten Steuerung des Lieferverkehrs erarbeiten.

Dem Bezirksamt wird zudem empfohlen:

- mit Nachdruck von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), die vom Berliner Abgeordnetenhaus mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-26 verbindlich beschlossene Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Allee einzufordern,
- im Rat der Bürgermeister gegenüber dem Senat von Berlin eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines Gewerbemietpreisspiegels und die Verbesserung eines angemessenen Kündigungsschutzes anzuregen.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Gruppe der FDP
Fraktion der SPD: Mike Szidat, Roland Schröder
Gruppe der FDP: Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☒ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

☒	einstimmig
☐	mehrheitlich
48	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

☒ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend

Begründung:

Die Berliner Allee ist eine traditionelle Geschäftsstraße die durch eine hervorragende stadträumliche Lage sowie eine sehr gute Nahversorgung gekennzeichnet ist, aber in den zurückliegenden Jahren einen spürbaren Funktions- und Imageverlust erlitten hat. Auch wenn der Einzelhandel, nicht zuletzt durch die Zunahme des Onlinehandels, im Umbruch ist, sind Einkaufsstraßen und -zentren wie die Berliner Allee weiterhin nicht nur für die Versorgung vor Ort wichtig, sie haben auch eine bedeutende Funktion für Begegnungen und den sozialen Austausch in den jeweiligen Kiezen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll daher die Berliner Allee ihren funktionalen und identitätsstiftenden Kern des Ortsteils Weißensee wieder zurückgewinnen.

Mithilfe des GSM soll gemeinsam mit den lokalen Akteuren vor Ort die Berliner Allee wieder zu einem attraktiven Zentrum entwickelt werden, indem der Einzelhandel qualifiziert und gestärkt, die Angebotsvielfalt erweitert und die Netzwerkstrukturen der Akteure gefördert werden. Große Bedeutung kommt hierbei der Wiederbelebung der früheren Initiative IG Weißensee und einer detaillierten Evaluation zu Rahmenbedingungen und Verbesserungsbedarfe bei den Gewerbetreibenden zu. Hierbei können die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Als weitere Anker-Akteure neben den Gewerbetreibenden sollten der Betreiber des Marktes am Antonplatz sowie das Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel mit eingebunden werden.

Ein weiterer, wichtiger Aspekt sind die Beeinträchtigungen durch den motorisierten Verkehr beziehungsweise die gesamte Verkehrsinfrastruktur der Berliner Allee. Dieser seit Jahren bekannte Missstand muss jetzt nach Jahren des Nichthandelns nunmehr endlich mit einer entsprechenden Machbarkeitsstudie und den hieraus abzuleitenden Maßnahmen angegangen werden. Der Querschnitt der Berliner Allee bietet durchaus ein räumliches Gerüst, dass es trotz der bestehenden Schadstoff- und Lärmemissionen erlaubt, sowohl die Verkehrsmengen einer Zubringerstraße zu bewältigen und gleichzeitig Raum für den ÖPNV, sichere Radverkehrsanlagen sowie Aufenthaltsqualitäten für Fußgänger zu schaffen.

Um die Berliner Allee als identitätsstiftenden Aufenthaltsbereich und Treffpunkt für den wachsenden Ortsteil Weißensee wieder zu etablieren, muss sie städtebaulich und stadtgestalterisch aufgewertet werden. Die Berliner Allee als lineare Zentrum entlang der Verkehrsachse soll hierbei durch eine entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes besser lesbar sein und attraktive Aufenthaltsbereiche bieten. Insbesondere der Antonplatz ist hierfür mit Begrünung, Straßenmöblierung, Sondernutzungen, Kunst und Beleuchtung aufzuwerten.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1304**Antrag**

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Linksfraktion,
BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, das Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldekettens und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen: Bündnis90/ Die Grünen

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 11.12.2025

Einreicher: Linksfraktion, Bündnis90/ Die Grünen
 Linksfraktion: BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer
 Fraktion Bündnis90/ Die Grünen: Almuth Tharan, Paul Schlüter

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in die Ausschüsse für

federführend

Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung
 Bürgerdienste und Geschäftsordnung
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung
 Kinder- und Jugendhilfe
 Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
 Mobilität und öffentliche Ordnung
 Schule und Sport
 Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 Soziales, Senior*innen und Gesundheit
 Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften
 Partizipation und Integration

Begründung:

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, das Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldekettens und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.

BV Bohla
 BV Lederer
 BV Wettig
 BV Bigos
 BV Maillefert
 BV Szidat
 BV Gloger
 BV Groß
 BV Schlüter
 BV Blauert
 BV Dr. Scharfenberg

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung
 Pankow von Berlin

12.12.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachenummer: IX-1304

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Finanzen, Immobilien, Personal und Verwaltungsmodernisierung

sowie in den Ausschuss für

**Bürgerdienste und Geschäftsordnung
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung
 Kinder- und Jugendhilfeausschuss
 Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
 Mobilität und öffentliche Ordnung
 Schule und Sport
 Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 Soziales, Senior*innen und Gesundheit
 Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften
 Partizipation und Integration**

Ergebnis der Ausschusssitzung am 06.01.2026

☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

☐ **vertagt**

im Ausschuss abgelehnt ☐

JA NEIN Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen ☒

JA NEIN Enthaltungen

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen ☐

JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Der PartInt hat nach ausführlicher Beratung die Drucksache in der vorliegenden Form beschlossen bei 7 JA-, 3 NEIN-Stimmen und 1 Enthaltung.

Begründung des Ausschusses:

Die Diskussion im PartInt rankte um die Frage inwieweit die Themen von Kindern und Jugendlichen gut abgebildet seien und welche weiteren Maßnahmen wie ggf. ein Kinder- und Jugendparlament zusätzlich noch gut wären, damit Kinder und Jugendliche ihre Interessen vertreten können. Mehrheitlich bestand die wie im Antrag begründete Idee, dass Kinder und Jugendliche auch Themen mitbrächten bzw. für diese existieren, welche Ausschuss-übergreifend sind und genauso wie Senioren- oder Frauenschutzthemen auch einmal explizit in einer eigenen BVV-Sitzung behandelt werden könnten. Das wiederum sollte aber nicht dazu führen, entsprechende Anträge lange für diesen Anlass aufzuschieben. Andererseits wurde argumentiert, dass mit dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss ein eigenes Gremium besteht, welches eigene Rechte hat, immer tagt und für dieses ausführliche Diskussionen hinsichtlich dessen Beteiligung geführt worden sind. Die Beteiligung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses sichere für sämtliche Themen und Drucksachen die Beratung auch aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen.

Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit
Beschlussempfehlung
Drucksache: IX-1304

Der Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit hat sich mit der Drucksache IX-1304 “ Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen”

Die einreichende Fraktion hat den Antrag eingebracht und aufgrund der Klarheit der Sache auf weitere Ausführungen verzichtet.

In der Debatte wurden Bedenken zur Vereinbarkeit mit der Geschäftsordnung und dem Bezirksverwaltungsgesetz angeführt und geäußert, dass das Angebot eines gesonderten Tagesordnungspunktes im Kinder- und Jugendhilfeausschuss regelmäßig entfällt, weil es scheinbar keinen Bedarf gibt. Darüber hinaus wurde in der Debatte die Frage gestellt, wer die Koordination übernehmen soll, da es bei den seniorenpolitischen Leitlinien ein hohes Engagement gab und das auch in diesem Fall aufgebracht werden müsste.

Für den Antrag wurde noch angeführt, dass Pankow sich verpflichtet hat, eine kinderfreundliche Kommune werden zu wollen und in diesem Prozess eine ernsthafte Beteiligung eine wichtige und wesentliche Säule ist.

Der Antrag wurde ohne Änderungen abgestimmt und der Ausschuss empfiehlt bei 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme der Drucksache.

Gez.
Ausschussvorsitzender

Paul

Schlüter

BV Bohla
 BV Lederer
 BV Wettig
 BV Bigos
 BV Maillefert
 BV Szidat
 BV Gloger
 BV Groß
 BV Schlüter
 BV Blauert
 BV Dr. Scharfenberg

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung
 Pankow von Berlin

12.12.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachenummer: IX-1304

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Finanzen, Immobilien, Personal und Verwaltungsmodernisierung

sowie in den Ausschuss für

Bürgerdienste und Geschäftsordnung

Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Mobilität und öffentliche Ordnung

Schule und Sport

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften

Partizipation und Integration

Ergebnis der Ausschusssitzung am [Klicken Sie hier](#), um ein Datum einzugeben.

☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

☐ **vertagt**

im Ausschuss abgelehnt ☐

JA

NEIN

Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen ☐

JA

NEIN

Enthaltungen

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen ☐

JA

NEIN

Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Begründung des Ausschusses:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen hat sich in seiner Sitzung vom 07.01.2026 mit der Drucksache befasst. Nach dem die einreichende Fraktion insbesondere auf den 3. Punkt des Antrags hingewiesen hat und diesen in der Zuständigkeit des Fachausschusses sieht ergab sich kein weiterer Debattenbedarf durch die Mitglieder des Ausschusses und dieser empfiehlt mehrheitlich die Annahme der Drucksache.

Berlin 17.02.2026

Stellungnahme
des Ausschusses für Schule und Sport

Zur Drucksache **IX-1304**

**Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr
für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrter Kollege Vorsitzender Bohla,

Der Ausschuss für Schule und Sport hat in seiner Sitzung vom 11.02.2026 die Drucksache IX-1304 „Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen“ beraten.

Der Ausschuss konnte sich dem Anliegen der Drucksache mehrheitlich mit 7 JA Stimmen, 4 NEIN Stimmen und 1 ENTHALTUNG anschließen, ist jedoch der Auffassung, dass es textliche Anpassungen durch den Jugendhilfeausschuss und gegebenenfalls auch durch den Finanzausschuss braucht.

Es gab großen Zuspruch zur Entwicklung eines Jugendgremiums. Unterschiedliche Auffassungen gab es darüber, ob und welche zusätzliche Beteiligungsformate es über die bereits vorhandenen Formate hinaus braucht. Wie etwa die Jugendkonferenz als konkrete Massnahme aus dem Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune. Dort können Jugendliche ihre Anliegen direkt mit der Jugendstadträtin und der Bürgermeisterin besprechen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob ein BVV-Antrag ohne die vorherige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen überhaupt der richtige Weg sei, sich dem Thema Jugendgremien zu nähern. Es wurde daran erinnert, dass erst vor wenigen Jahren eine Jugendbefragung dazu stattgefunden hat. Dort hatten sich die Jugendlichen selbst gegen die Initiative für ein BVV-Format ausgesprochen. Aus Sicht des Ausschusses für Schule und Sport sollte der Antrag im KJHA textlich dahingehend angepasst werden, dass er die Frage eines Jugendgremiums für Pankow offener formuliert. Denn ein Jugendgremium kann vieles sein. Zum Beispiel können damit gemeint sein: Jugend BVVen, ein Jugendparlament, oder ein Jugendbeirat. Entscheidend ist, dass die Jugendlichen und der Bezirksschüler*innenausschuss dazu befragt werden, was sie brauchen und was sie sich wünschen. Neben dem Aspekt eines bedarfsorientierten Jugendgremiums steht auch die finanzielle Frage im Raum. Die Akademie für Kinder- und Jugendparlamente der Servicestelle Jugendbeteiligung, welche die Berliner Bezirke bei der Initiierung von Jugendgremien berät, empfiehlt dringend, für diese Aufgabe mindestens 1/4 bis 1/2 VZÄ im Bezirkshaushalt bereitzustellen. Die Servicestelle ist sogar der Auffassung, dass ohne zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen von der Einrichtung eines Jugendgremiums abzuraten sei. Die Mitarbeitenden des Kinder- und Jugendbüros hatten bereits im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss erklärt, dass sie keine Kapazitäten für die Organisation eines zusätzlichen Jugendgremiums haben. Der Ausschuss erachtet es für sinnvoll, nach der ablehnenden Haltung der Jugendlichen während der Pandemie, erneut Kontakt mit den Pankower Jugendvertretungen, wie etwa dem

Berlin 17.02.2026

Bezirksschüler*innenausschuss, aufzunehmen und nachzufragen, ob sich deren Position mittlerweile geändert hat.

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt, die Drucksache im oben beschriebenen Sinne im KJHA und im Finanzausschuss textlich anzupassen und ihr die Zustimmung zu erteilen.

Für den Ausschuss:

Karsten Dirk Gloger
Vorsitzender

BV Bohla
 BV Lederer
 BV Wettig
 BV Bigos
 BV Maillefert
 BV Szidat
 BV Gloger
 BV Groß
 BV Schlüter
 BV Blauert
 BV Dr. Scharfenberg

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung
 Pankow von Berlin

12.12.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachennummer: IX-1304

Betreff: Gemeinsam für Kinder und Jugendliche - Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Finanzen, Immobilien, Personal und Verwaltungsmodernisierung

sowie in den Ausschuss für

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Ergebnis der Ausschusssitzung am 12.02.2026

☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

☐ **vertagt**

im Ausschuss abgelehnt ☐

JA NEIN Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen ☐

JA NEIN Enthaltungen

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen ☒

JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

keine Textänderungen

Begründung des Ausschusses:

Nach Einbringung durch die Fraktion Die Linke wurde diskutiert, ob es nicht bereits genügend Beteiligungsformen für Jugendliche und Kinder in der BVV Pankow gibt. Mehrheitlich wurde die Rolle des Kinder- und Jugendhilfeausschuss mit seinen eigenen Rechten betont und an der Notwendigkeit einer Sondersitzung der BVV gezweifelt. Es wurde ausgedrückt, dass der Kinder- und Jugendhilfeausschusses für sämtliche Themen und Drucksachen die Perspektive von Kindern und Jugendlichen absichert. Weiterhin wurde jedoch betont, dass in den Ausschüssen die Kinder und Jugendlichen nur durch die Vertretung von z.B. Vereinen gesichert ist. Eine eigenständige Form bzw. eine direkte Form der Ausübung von Demokratie wäre jedoch ein neuer Ansatz, der sich in der Drucksache widerspiegelt. Der Klima Ausschuss hat die unveränderte Drucksache mit 8 JA, 6 NEIN-Stimmen und 0 Enthaltung beschlossen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1310

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Keine Verschlimmbesserungen im Integrationsbüro

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, auf Grund der geänderten Fachaufsicht für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ keine Stellenanteile aus dem Integrationsbüro zum Büro der Antisemitismusbeauftragten zu übertragen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Henrik Hornecker, Marc Lenkeit

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Integrationsbüro des Bezirks hat seit Jahren mit einer schwierigen Personalsituation zu kämpfen. Die Stelle der Integrationsbeauftragten war für ca. 1,5 Jahre unbesetzt und konnte erst Anfang des Jahres nachbesetzt werden. Die anfallende Arbeit kann von den Mitarbeiter/innen des Büros kaum bewältigt werden.

Als Maßnahme zur Entlastung des Integrationsbüros hat der Ausschuss für Integration und Partizipation angeregt, die Betreuung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aus dem Integrationsbüro abzugeben. Da das Bundesprogramm die Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft stärken soll, konnte der Ausschuss keine fachliche Begründung erkennen, warum speziell das Integrationsbüro, das sich auf die Arbeit mit Migrant/innen fokussieren sollen, die Fachaufsicht über dieses Projekt ausübt.

Diesem Anliegen des Ausschusses ist das Bezirksamt nachgekommen. Es steht nun allerdings im Raum, dass das Integrationsbüro nicht nur die Fachaufsicht, sondern auch Stellenanteile zur Betreuung des Projekts „Demokratie leben!“ ans Büro der Antisemitismusbeauftragten abgeben soll. Das wurde in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 1151-IX in auffälliger Weise nicht verneint.

Durch die Abgabe der Programmbetreuung ändern sich aber nicht Aufgabenspektrum oder Arbeitsumfang des Integrationsbüros. Es erfolgt nur eine Korrektur der fachlichen Zuständigkeiten. Ein Stellenübergang ist daher weder fachlich begründet noch sachgerecht.

Der Antrag fordert deshalb, keine Stellenanteile aus dem Integrationsbüro zu übertragen, um den Prozess zur Wiederherstellung eines Normalbetriebs im Integrationsbüro nicht zu konterkarieren.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1310

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Linksfraktion

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

Betreff: Keine Verschlimmbesserungen im Integrationsbüro

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, auf Grund der geänderten Fachaufsicht für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ keine Stellenanteile aus dem Integrationsbüro zum Büro der Antisemitismusbeauftragten zu übertragen.

Berlin, den 11.12.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Linksfraktion
 Fraktion der SPD: Henrik Hornecker, Marc Lenkeit
 Linksfraktion: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☒ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

☒ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Partizipation und Integration
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend

Begründung:

Das Integrationsbüro des Bezirks hat seit Jahren mit einer schwierigen Personalsituation zu kämpfen. Die Stelle der Integrationsbeauftragten war für ca. 1,5 Jahre unbesetzt und konnte erst Anfang des Jahres nachbesetzt werden. Die anfallende Arbeit kann von den Mitarbeiter/innen des Büros kaum bewältigt werden.

Als Maßnahme zur Entlastung des Integrationsbüros hat der Ausschuss für Integration und Partizipation angeregt, die Betreuung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aus dem Integrationsbüro abzugeben. Da das Bundesprogramm die Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft stärken soll, konnte der Ausschuss keine fachliche Begründung erkennen, warum speziell das Integrationsbüro, das sich auf die Arbeit mit Migrant/innen fokussieren sollen, die Fachaufsicht über dieses Projekt ausübt.

Diesem Anliegen des Ausschusses ist das Bezirksamt nachgekommen. Es steht nun allerdings im Raum, dass das Integrationsbüro nicht nur die Fachaufsicht, sondern auch Stellenanteile zur Betreuung des Projekts „Demokratie leben!“ ans Büro der Antisemitismusbeauftragten abgeben soll. Das wurde in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 1151-IX in auffälliger Weise nicht verneint.

Durch die Abgabe der Programmbetreuung ändern sich aber nicht Aufgabenspektrum oder Arbeitsumfang des Integrationsbüros. Es erfolgt nur eine Korrektur der fachlichen Zuständigkeiten. Ein Stellenübergang ist daher weder fachlich begründet noch sachgerecht. Der Antrag fordert deshalb, keine Stellenanteile aus dem Integrationsbüro zu übertragen, um den Prozess zur Wiederherstellung eines Normalbetriebs im Integrationsbüro nicht zu konterkarieren.

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung am: 24.03.2026

Beginn: 17:15 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
-------------------	--------------	-----------

Behnke, Frank - AfD -

Bittner, Denise - CDU -

Ehrlich-Cypira, Carola - Bü
90/Grüne -

Dr. Enge, Thomas - FDP -

Knebel, Sibylla Susanne - CDU -

Kühne, Susanne - Linke -

Lederer, Oskar - Linke -

N.N., AfD - AfD -

Rosensky, Ulrike - SPD -

Schmidt, Heike - Bü 90/Grüne -

Wettig, Hannah-Caroline - Bü
90/Grüne -

Wölk, Stephanie - SPD -

Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
------------------	--------------	-----------

Ennen, Lea - auf Antrag CDU -

Gerstenberger, Heike - auf Antrag
Linke -

Krieger, Sascha - auf Antrag Bü
90/Grüne -

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung am: 24.03.2026

Beginn: 17:15 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

stellv. Bürgerdeputierte

Unterschrift

Vertreter

Koschorek, Bettina - auf Antrag CDU

-

Pfaff, Christina - auf Antrag Linke -

Rabe, Kathleen - auf Antrag Bü

90/Grüne -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Dr. Koch, Cordelia - Bü 90/Grüne -

Bezirksbürgermeisterin

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung am: 24.03.2026

G Ä S T E L I S T E
